

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.
Sitzung vom 09. Mai 2005



- Der heute betriebene Aufwand ist unverhältnismässig. Jedes einzelne Geschäft wird durch den (bürgerlichen) Gemeinderat nachvollzogen.
- Die Überprüfung des Stadtrats soll durch eine Fachkommission aufgrund von WoV-Kriterien erfolgen. Stichproben durch die Fachkommission sind weiterhin möglich.
- Der vom Gemeindeamt verlangte Öffentlichkeitsanspruch, der auch in der bürgerlichen Abteilung des Gemeinderates umgesetzt werden muss, führt dazu, dass entweder Diskussionen im Bürgerlichen Gemeinderat verunmöglicht werden oder dass der nötige Persönlichkeits- und Datenschutz der einzubürgernden Personen nicht mehr sichergestellt werden kann.
- Ein Exekutivgremium ist besser dafür geeignet, die heute erforderlichen Begründungen bei Ablehnungen zu erbringen.
- Das Einbürgerungsverfahren würde so um rund drei Monate verkürzt.
- Durch das verkürzte Verfahren können Einsparungen von ca. Fr. 12'000.00 gemacht werden (Sitzungsgelder für die Bürgerrechtskommission und die bürgerliche Abteilung des Gemeinderates).

Die Einzelinitiative ist auf die heutige Sitzung traktandiert.

→ C. Schmid geschrieben und Mitinitiator

Anfrage Othmar Kern vom 9. Mai 2005 betr. RAIZU. Wortlaut: „Das so genannte kommunale Migrationsamt RAIZU produziert laufend Schlagzeilen. Die Stadt Bülach übt in ihrer Funktion als Bezirkshauptort und Vermieterin der Liegenschaft eine Schlüsselrolle aus. Der erzielte Erfolg ist schwierig messbar. Leider weitete die federführende Stelle von RAIZU das Tätigkeitsgebiet laufend aus und bereits heute alimentieren etliche Gemeinden und Schulorganisationen im Zürcher Unterland dieses Integrationsprojekt. Wie dem Zürcher Unterländer vom 13. April 2005 zu entnehmen ist, sind aber bereits verschiedene partizipierende Gemeinden der Auffassung, dass für diese Art von Integrationsförderung keine Nachfrage besteht. Die Gemeinden Embrach und Rafz verzichteten offensichtlich auf die Erhaltung ihrer diesbezüglichen Filialen. Das neueste kantonale Integrationsprojekt heisst Antenne. Geführt und betreut wird dieses Projekt von der gleichen Stelle wie RAIZU. Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viel Geld zahlt die Stadt Bülach im 2005 an die RAIZU?
- Kennt der Stadtrat die Absicht des Projektes Antenne?
- Zahlt die Stadt auch an dieses Projekt einen Beitrag?
- Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass die Kosten im Zusammenhang mit der Integrationspolitik der Kanton zu finanzieren hat?
- Könnte man in Anbetracht an Büli+ die damit verbundenen Beiträge reduzieren oder ganz streichen?